

No. 32726

**AUSTRIA
and
ICELAND**

Agreement on social security. Signed at Vienna on 18 November 1993

Authentic texts: German and Icelandic.

Registered by Austria on 25 March 1996.

**AUTRICHE
et
ISLANDE**

Accord relatif à la sécurité sociale. Signé à Vienne le 18 novembre 1993

Textes authentiques : allemand et islandais.

Enregistré par l'Autriche le 25 mars 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ISLAND ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich
und
Die Republik Island

IN DEM WUNSCH, unter Bedachtnahme auf Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit zwischen den beiden Staaten über die Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und 574/72 hinausgehend Personen zu schützen, die nach den Rechtsvorschriften eines oder beider Staaten geschützt sind oder waren,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Verordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung;

2. „Durchführungsverordnung“

die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, in der zwischen den beiden Vertragsstaaten jeweils geltenden Fassung.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach der Verordnung und der Durchführungsverordnung oder den innerstaatlichen Rechtsvorschriften zukommt.

Artikel 2

Dieses Abkommen gilt für die Rechtsvorschriften, die vom sachlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind.

(2) Dieses Abkommen gilt ferner für folgende Personen, die nicht vom persönlichen Geltungsbereich der Verordnung erfaßt sind:

- a) Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) Personen, die Familienangehörige oder Hinterbliebene der in Buchstabe a genannten Personen sind.

Artikel 4

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates den Staatsangehörigen dieses Vertragsstaates gleich.

(2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend die Versicherung von Personen, die bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in einem anderen Staat als einem Staat, für den die Verordnung gilt, oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigt sind.

Artikel 5

(1) Für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen finden im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten die Verordnung, die Durchführungsverordnung und die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen entsprechend Anwendung, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 3 der Verordnung gilt in bezug auf die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung auf Leistungen nach Titel III Kapitel 6 und 8 der Verordnung. In bezug auf das Karenzurlaubsgeld nach den österreichischen Rechtsvorschriften findet Artikel 72 der Verordnung keine Anwendung.

ABSCHNITT II

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Artikel 6

In jenen Fällen, in denen die Vertragsstaaten anstelle der nach den Artikeln 93 bis 96 der Durchführungsverordnung vorgesehenen Kostenerstattung eine Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder einen Verzicht auf eine Erstattung vereinbaren, können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten folgendes vereinbaren:

- a) die Bezeichnung des Trägers des Wohnortes als zuständiger Träger;
- b) Maßnahmen zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Belastung, die sich für einen Träger oder für eine Verbindungsstelle aus der Erstattung auf der Grundlage eines Pauschbetrages oder aus dem Verzicht auf eine Erstattung ergeben würde.

Artikel 7

Für die im Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen findet Artikel 67 der Verordnung entsprechend Anwendung.

Artikel 8

Für die im Artikel 3 Absätze 1 und 2 genannten Personen, die außerhalb des Gebietes eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, und für die im Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Personen, die im Gebiet eines Staates wohnen, für den die Verordnung gilt, findet in bezug auf

- a) Kinderzuschüsse zu Alters- und Invaliditätsrenten,
- b) Waisenrenten mit Ausnahme von Waisenrenten aus der Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Titel III Kapitel 3 der Verordnung entsprechend Anwendung.

ABSCHNITT III

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 9

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so kann sie auf Verlangen eines Vertragsstaates zur verbindlichen Entscheidung einem Schiedsgericht unterbreitet werden, dessen Zusammensetzung und Verfahren zwischen den beiden Vertragsstaaten vereinbart wird.

ABSCHNITT IV

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 11

Für die Feststellung und Neufeststellung von Leistungen nach diesem Abkommen gelten die Artikel 94 und 95 der Verordnung sowie die Artikel 118 und 119 der Durchführungsverordnung mit Inkrafttreten dieses Abkommens entsprechend.

Artikel 12

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald wie möglich in Reykjavik auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, frühestens aber mit dem Inkrafttreten der Verordnung im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(4) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 18. November 1993, in zwei Urschriften, in deutscher und isländischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

JOSEF HESOUN

Für die Republik
Island:

GUDMUNDUR ARNI STEFANSSON

[ICELANDIC TEXT — TEXTE ISLANDAIS]

SAMNINGUR MILLI LÝÐVELDISINS AUSTURRÍKIS OG LÝÐVELDISINS ÍSLANDS Á SVIÐI ALMANNATRYGGINGA

Lýðveldið Austrurríki
og
lýðveldið Ísland

hafa með hliðsjón af 8. gr. reglugerðar (EBE) nr. 1408/71 og með það að markmiði að veita þeim einstaklingum, sem heyra undir eða hafa heyrt undir löggjöf annars eða beggja ríkjanna, vernd á sviði almannatrygginga umfram það sem fyrir er mælt í ákvæðum reglugerða (EBE) nr. 1408/71 og 574/72

á Kveðið að gera með sér svofelldan samning:

I. HLUTI**ALMENN ÁKVÆÐI****1. grein**

(1) Í samningi þessum merkir:

1. „Reglugerð“

reglugerð ráðsins (EBE) nr. 1408/71 um beitingu almannatryggingareglna gagnvart launþegum, sjálfstætt starfandi einstaklingum og fjölskyldum þeirra sem flytjast milli aðildarríkja með því orðalagi sem í gildi er milli samningsaðila á hverjum tíma;

2. „Framkvæmdareglugerð“

reglugerð ráðsins (EBE) nr. 574/72 sem kveður á um framkvæmd reglugerðar (EBE) nr. 1408/71 um beitingu almannatryggingareglna gagnvart launþegum, sjálfstætt starfandi einstaklingum og fjölskyldum þeirra sem flytjast milli aðildarríkja með því orðalagi sem gildir milli samningsaðila á hverjum tíma.

(2) Önnur orð og hugtök sem notuð eru í samningi þessum skulu hafa þá merkingu sem þeim er gefin í reglugerðinni og framkvæmdareglugerðinni eða í löggjöf viðkomandi lands eftir því sem við á.

2. grein

Samningur þessi skal gilda um alla löggjöf sem efnislegt gildissvið reglugerðarinnar (tryggingarflokkar) tekur til.

3. grein

(1) Samningur þessi skal gilda um einstaklinga sem persónulegt gildissvið reglugerðarinnar (einstaklingar sem eru tryggðir) tekur til.

(2) Samningur þessi skal einnig gilda um eftirtalda einstaklinga sem persónulegt gildissvið reglugerðarinnar (einstaklingar sem eru tryggðir) tekur ekki til:

- a) einstaklinga sem heyra undir eða hafa heyrt undir löggjöf annars eða beggja samningsaðila eða
- b) aðstandendur eða eftirlifendur einstaklings sem tiltekinn er í a-lið þessarar málsgreinar.

4. grein

(1) Ríkisborgarar annars samningsaðila, sem búsettir eru utan landssvæðis ríkis sem reglugerðin tekur til, skulu njóta jafnræðis við ríkisborgara hins samningsaðilans að því er varðar beitingu löggjafar þess.

(2) Fyrsta málsgrein tekur ekki til löggjafar beggja samningsaðila varðandi tryggingu einstaklinga sem starfa við sendiráð eða ræðismannsskrifstofu samningsaðila í öðru ríki en ríki sem reglugerðin tekur til eða um starfsmenn slíkra einstaklinga.

5. grein

(1) Sé ekki í þessum samningi kveðið á um annað um samskipti samningsaðila að því er varðar einstaklinga sem tilgreindir eru í 2. málsgrein 3. greinar, skulu reglugerðin, framkvæmdareglugerðin og allar ráðstafanir sem gerðar hafa verið um beitingu þeirra, gilda eftir því sem við á.

(2) Að því er varðar einstaklinga sem tilgreindir eru í 2. málsgrein 3. greinar, skal 3. gr. reglugerðarinnar einungis ná til ríkisborgara samningsaðila sem og aðstandenda eða eftirlifenda þeirra.

(3) Fyrsta málsgrein skal ekki gilda um bætur samkvæmt III. bálki, 6. og 8. kafla reglugerðarinnar. Að því er varðar bætur vegna umönnunar barna (Karenzurlaubsgeld) samkvæmt austurrískri löggjöf skal 72. grein reglugerðarinnar ekki gilda.

II. HLUTI**SÉRSTÖK ÁKVÆÐI****6. grein**

Í þeim tilvikum þar sem samningsaðilar hafa gert samkomulag um endurgreiðslur með eingreiðslum eða brottfall endurgreiðslna í stað endurgreiðslna samkvæmt 93. – 96. greinum framkvæmdareglugerðarinnar, geta til þess bær stjórnvöld samningsaðilanna tveggja komið sér saman um eftirfarandi:

- (a) tilnefningu stofnunar á búsetustað sem til þess bærrar stofnunar;
- (b) ráðstafanir til að koma í veg fyrir verulegar fjárhagslegar byrðar stofnunar eða tengiliðs vegna edurgreiðslu eingreiðslu eða brottfalls endurgreiðslu.

7. grein

Að því er varðar einstaklinga sem tilgreindir eru í 2. málsgrein 3. greinar þá skal 67. grein reglugerðarinnar gilda eftir því sem við á.

8. grein

Um einstaklinga sem tilgreindir eru í 1. og 2. málsgrein 3. greinar, sem búa utan landssvæðis ríkis sem reglugerðin nær til og um einstaklinga sem tilgreindir eru í 2. málsgrein 3. greinar, sem búa innan landssvæðis ríkis sem reglugerðin nær til skal III. bálkur 3. kafla reglugerðarinnar gilda eftir því sem við á að því er varðar

- (a) hækkun eða uppbót á elli- eða örorkulífeyri vegna barna slíkra lífeyrisþega,
- (b) lífeyri munaðarleysinga að undanteknum lífeyri munaðarleysingja sem greiddur er samkvæmt vinnuslysa- og arvinnusjúkdómategyggingum.

III. HLUTI**ÝMIS ÁKVÆÐI****9. grein**

(1) Ákvarðanir og opinber skjöl, sem hafa réttaráhrif, gerð af tryggingastofnunum og yfirvöldum á sviði almannatrygginga í öðru samningsríkinu, skulu viðurkennd af hinu samningsríkinu.

(2) Einungis er unnt að synja um viðurkenningu ef það væri andstætt lögum í því samningsríki sem á að viðurkenna ákvörðunina eða skjalið.

(3) Ákvarðanir og skjöl sem hafa réttaráhrif og viðurkennd eru samkvæmt 1. málsgrein er unnt að fullnusta í hinu samningsríkinu. Fullnusta fer eftir löggjöf þess samningsríkis þar sem fullnusta á að eiga sér stað og sem gildir um fullnustu samsvarandi ákvarðana og skjala útgefinna í því samningsríki. Ákvörðunin eða skjalið skal við útgáfu þess vera með staðfestingu um að fullnusta geti átt sér stað (skilyrði um fullnustu).

10. grein

(1) Rísi ágreiningur við túlkun eða framkvæmd samnings þessa skal hann að svo miklu leyti sem unnt er, leystur með gagnkvæmu samkomulagi milli lögbærra yfirvalda samningsaðila.

(2) Leysist slíkur ágreiningur ekki innan sex mánaða getur hvor samningsaðila lagt málið í bindandi úrskurðarvald gerðardóms sem er skipaður og starfar samkvæmt samkomulagi samningsaðila.

IV. HLUTI

BRÁÐABIRGÐA- OG LOKAÁKVÆÐL

11. grein

Um ákvörðun eða endurskoðun bóta samkvæmt samningi þessum skulu 94. – 95. greinar reglugerðarinnar og 118. og 119. greinar framkvæmdareglugerðarinnar gilda eftir því sem við á frá þeim degi er samningur þessi öðlast gildi.

12. grein

(1) Samningur þessi skal staðfestur. Skipst skal á staðfestingarskjölum í Reykjavík eins fljótt og unnt er.

(2) Samningur þessi skal ganga í gildi fyrsta dag þriðja mánaðar frá þeim mánuði að telja er skipst er á staðfestingarskjölum en þó eigi fyrr en sama dag og reglugerðin gengur í gildi í samskiptum samningsaðila.

(3) Samningur þessi skal gilda um óákveðinn tíma. Hvor samningsaðila sem er getur sagt honum upp skriflega með þriggja mánaða fyrirvara.

(4) Komi til uppsagnar skal samningur þessi gilda áfram um öll áunnin réttindi.

Gjört Vin 18. nóvember 1993 á þýsku og íslensku og skulu báðir textar jafngildir.

Fyrir lýðveldið
Austrurríki:

JOSEF HESOUN

Fyrir lýðveldið
Island

GUDMUNDUR ARNI STEFANSSON

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF ICELAND ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Republic of Iceland,

Desiring, having regard to article 8 of regulation (EEC) No. 1408/71 in the field of social security, to afford protection beyond regulations (EEC) Nos. 1408/71 and 574/71 to persons who are or were protected under the legislation of one or both States,

Have agreed to conclude the following Convention:

SECTION I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

(1) In this Convention, the term

1. “Regulation” shall mean (EEC) Council regulation No.1408/71 concerning the application of social security schemes to employed persons and their families who migrate within the Community, in the respective version in force between the two Contracting States;

2. The term “Implementing Regulation” shall mean (EEC) Council regulation No. 574/72 concerning the implementation of (EEC) Council regulation 1408/71 concerning the application of social security schemes to employed persons and their families who migrate within the Community, in the respective version in force between the two Contracting States.

(2) Other terms in this Convention shall mean what they do in the Regulation and the Implementing Regulation or in the respective domestic legislations.

Article 2

This Convention shall apply to legislation within the scope of application of the Regulation *ratione materiae*.

Article 3

(1) This Convention shall apply to persons within the scope of application of the Regulation *ratione personae*.

(2) In addition, this Convention shall apply to the following persons not within the scope of application of the Regulation *ratione personae*:

(a) Persons to whom the legislation of one or both of the Contracting States is or was applicable;

¹ Came into force on 1 February 1996, i.e., the first day of the third month following the expiration of the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Copenhagen on 9 November 1995, in accordance with article 12 (2).

(b) Persons who are members of the family or survivors of the persons referred to in (a).

Article 4

(1) Nationals of a Contracting State who reside outside the territory of a State to which the Regulation applies shall, for the purposes of application of the legislation of the other Contracting Party, have equal standing with nationals of that Contracting State.

(2) Paragraph 1 shall not affect the legislation of either Contracting State in respect of the insurance of persons employed at an official mission of one of the two Contracting States in a State other than a State to which the Regulation applies, or to persons employed by members of such a mission.

Article 5

(1) Except as otherwise provided in this Convention, the Regulation, the Implementing Regulation and arrangements made for their implementation shall apply, as appropriate, in relations between the two Contracting States in respect of the persons referred to in article 3, paragraph 2.

(2) With respect to the persons referred to in article 3, paragraph 2, article 3 of the Regulation shall apply only to nationals of the Contracting Parties and to members of the families and survivors of such persons.

(3) Paragraph 1 shall not apply to benefits under Title III, Chapters 6 and 8 of the Regulation. Article 72 of the Regulation shall not apply in respect of the maternity leave allowance provided for in Austrian legislation.

SECTION II

SPECIAL PROVISIONS

Article 6

In those cases where, in place of the reimbursement of costs provided for under articles 93 to 96 of the Implementing Regulation, the Contracting States agree upon a lump-sum payment or upon a waiver of reimbursement, the competent authorities of the two Contracting States may agree:

(a) To designate the institution of the place of residence as the competent institution;

(b) To take steps with a view to avoiding an exceptional burden upon an institution or a liaison office arising from the payment of a lump sum or a waiver of reimbursement.

Article 7

Article 67 of the Regulation shall apply, as appropriate, to the persons referred to in article 3, paragraph 2.

Article 8

With regard to the persons referred to in article 3, paragraphs 1 and 2 who reside outside the territory of a State to which the Regulation applies and to the persons referred to in article 3, paragraph 2 who reside in the territory of a State to which the

Regulation applies, Title III, Chapter 3 of the Regulation shall apply, as appropriate, in respect of:

- (a) Children's allowances supplementary to old age and invalidity pensions;
- (b) Orphans' pensions, not including orphans' pensions arising from insurance in the case of accidents at work and occupational diseases.

SECTION III

MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 9

(1) Enforceable court decisions and enforceable notifications and notices of arrears (documents) issued by the institutions or authorities of a Contracting State concerning contributions and other social security requirements shall be recognized in the territory of the other Contracting State.

(2) Recognition may be withheld only if it conflicts with the public order of the Contracting State in which the decision or document is to be recognized.

(3) Enforceable decisions and documents recognized pursuant to paragraph 1 shall be enforced in the other Contracting State. The enforcement procedure shall follow the legislation which, in the Contracting State in which enforcement is to take place, governs the enforcement of corresponding decisions and documents issued in that Contracting State. The decision or document must include a clause confirming its enforceability (executory clause).

Article 10

(1) Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall be settled, as far as possible, by the competent authorities of the Contracting States.

(2) If a dispute cannot be settled within six months, then, at the request of one of the Contracting States, it may be submitted for amicable arbitration to an arbitral tribunal whose membership and procedure shall be agreed between the two Contracting States.

SECTION IV

TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 11

Upon the entry into force of this Convention, articles 94 and 95 of the Regulation and articles 118 and 119 of the Implementing Regulation shall apply, as appropriate, for purposes of defining or re-defining the amounts of benefits under this Convention.

Article 12

(1) This Convention shall be subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Reykjavik as soon as possible.

(2) This Convention shall enter into force on the first of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, but not earlier

than the date on which the Regulation enters into force in relations between the two Contracting States.

(3) This Convention is concluded for an indefinite period. Each Contracting State may denounce it in writing through the diplomatic channel, subject to a period of notice of three months.

(4) In the event of denunciation, the provisions of this Convention shall continue to apply in respect of acquired entitlements.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Convention.

DONE at Vienna, on 18 November 1993, in duplicate in the German and Icelandic languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

JOSEF HESOUN

For the Republic
of Iceland:

GUDMUNDUR ARNI STEFANSSON

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE D'ISLANDE

La République d'Autriche et la République d'Islande,

Désireuses, compte tenu des dispositions de l'article 8 du règlement CEE n° 1408/71 relatif à l'application des régimes de sécurité sociale entre leurs deux Etats et en se fondant sur les règlements d'application (CEE) numéros 1408/71 et 574/72, de protéger les personnes qui sont ou ont été protégées conformément à la réglementation de l'un ou l'autre Etat,

Sont convenues de conclure le présent Accord.

TITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

1. Aux fins de l'application du présent Accord,

1) Le mot « règlement » désigne le règlement (CEE) n° 1408/71 du Conseil relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté, dans la version en vigueur entre les deux Etats contractants;

2) « Le règlement fixant les modalités d'application » le règlement (CEE) n° 574/72 du Conseil fixant les modalités d'application du règlement (CEE) n° 1408/71 relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté, dans la version en vigueur entre les deux Etats contractants.

2. Les autres mots employés dans le présent Accord ont le sens qui leur est donné par le règlement et le règlement fixant les modalités d'application ou par le droit interne.

Article 2

Le présent Accord s'applique à la législation qui relève du domaine d'application technique du règlement.

Article 3

1. Le présent Accord s'applique aux personnes auxquelles le règlement s'applique personnellement.

2. Le présent Accord s'applique en outre aux personnes suivantes auxquelles le règlement ne s'applique pas personnellement :

a) Les personnes auxquelles s'applique ou s'est appliquée la législation de l'un des Etats contractants ou des deux Etats contractants;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} février 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'expiration du mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Copenhague le 9 novembre 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article 12.

b) Les personnes visées à l'alinéa *a* du présent paragraphe, leur famille ou leur survivant.

Article 4

1. La législation de chacun des Etats contractants s'applique aux ressortissants de l'autre Etat contractant dont le domicile est situé en dehors du territoire d'un Etat dans lequel s'applique le règlement au même titre qu'aux ressortissants du premier Etat contractant.

2. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne modifient en rien la législation des deux Etats contractants relatives à l'assurance des personnes qui sont employées par une représentation officielle de l'un des Etats contractants sur le territoire d'un Etat autre que ceux auxquels s'applique le règlement, ou aux membres d'une telle représentation.

Article 5

1. A moins d'autres dispositions du présent Accord, dans les relations entre les deux Etats contractants, le règlement fixant les modalités d'application et les dispositions dont il est convenu pour leur exécution s'appliquent, *mutatis mutandis*, aux personnes visées au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord.

2. Les dispositions de l'article 3 du règlement s'appliquent aux personnes visées au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord seulement s'il s'agit de ressortissants des Etats contractants, de membres de leur famille ou de leurs survivants.

3. Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas aux prestations visées aux chapitres 6 et 8 du titre III du règlement. L'article 72 du règlement ne s'applique pas dans le cas de l'indemnité de congé parental au sens de la législation autrichienne.

TITRE II

DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

Article 6

Dans les cas où, à la place du remboursement des prestations visé aux articles 93 à 96 du règlement fixant les modalités d'exécution, les Etats contractants conviennent d'un remboursement forfaitaire ou renoncent au remboursement d'un commun accord, les autorités compétentes des deux Etats contractants peuvent convenir :

a) De désigner l'institution du lieu de résidence comme étant l'institution compétente;

b) De prendre des mesures pour éviter qu'une institution ou un organisme de liaison ne soit mis à contribution de manière extraordinaire par le remboursement dans le cas du versement d'un montant forfaitaire ou de la renonciation à un remboursement.

Article 7

Les dispositions de l'article 67 du règlement s'appliquent *mutatis mutandis* aux personnes visées au paragraphe 2 de l'article 3 du présent Accord.

Article 8

Les dispositions du chapitre 3 du titre III du règlement s'appliquent *mutatis mutandis* aux personnes visées aux paragraphes 1 et 2 de l'article 3 qui résident en dehors du territoire d'un Etat auquel s'applique ce règlement ainsi qu'aux personnes visées au paragraphe 2 de l'article 3 qui résident sur le territoire d'un Etat auquel ledit règlement s'applique, en ce qui concerne :

- a) Les allocations pour enfants au titre de pensions de vieillesse et d'invalidité;
- b) Les pensions d'orphelins à l'exception des pensions d'orphelins qui résultent d'une assurance contre les accidents du travail et les maladies du travail.

TITRE III

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 9

1. Les décisions exécutoires des tribunaux ainsi que les avis exécutoires et les états de retard établis par les institutions ou les autorités de l'un des Etats contractants concernant les montants et autres prestations de la sécurité sociale sont reconnus sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2. La reconnaissance ne peut être refusée que si elle est contraire à l'ordre public de l'Etat contractant sur le territoire duquel la décision ou la pièce doit être reconnue.

3. Les décisions et pièces exécutoires reconnues visées au paragraphe 1 du présent article sont exécutées sur le territoire de l'autre Etat contractant. Les modalités de l'exécution sont définies par la législation qui s'applique sur le territoire de l'Etat contractant, aux décisions et aux pièces correspondantes établies sur le territoire de cet Etat contractant. Sur l'expédition de la décision ou de la pièce doit être apposée une déclaration certifiant qu'elle est exécutoire.

Article 10

1. Les différends entre les Etats contractants concernant l'interprétation ou l'application du présent Accord sont réglés autant que possible par les autorités compétentes des Etats contractants.

2. Si un différend ne peut être réglé de cette façon dans les six mois, à la demande de l'un des Etats contractants, il peut être soumis à la décision obligatoire d'un tribunal d'arbitrage dont la composition et le règlement intérieur doivent être arrêtés d'un commun accord par les deux Etats contractants.

TITRE IV

DISPOSITIONS INTÉRIMAIRES ET FINALES

Article 11

Les dispositions des articles 94 et 95 du règlement, ainsi que les articles 118 et 119 du règlement fixant les modalités d'application s'appliquent, *mutatis mutandis*, à la détermination et à la nouvelle détermination des prestations au sens du présent Accord à compter de l'entrée en vigueur de celui-ci.